

Fussgänger leben gefährlicher

Dämmerung und Unachtsamkeit erhöhen das Risiko auf Fussgängerstreifen

Von Boris Gygax

Liestal. Zuerst das Erfreuliche: Im vergangenen Jahr hat die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Fussgängern im Kanton Baselland um sieben Prozent abgenommen. Doch die Unfälle auf Fussgängerstreifen haben um 17 Prozent zugenommen. Sie machen über vierzig Prozent aller Unfälle mit Fussgängern aus, wie die Verkehrsunfallstatistik Basellandschaft zeigt.

Gerade im Herbst und Winter steigt die Gefahr, da es früher dämmert und Fussgänger oft schlecht erkennbar sind. In dieser Jahreszeit klagen «Bürger vermehrt über rücksichtslose Autofahrer, aber auch über die teilweise fragwürdige Platzierung, Ausgestaltung der Fussgängerstreifen», schreibt SVP-Landrat Guido Halbeisen in einem Postulat an den Regierungsrat.

Ein Viertel mehr tödliche Unfälle

Weiter nennt er auch Beispiele. In Wahlen gebe es auf einer Strecke von 100 Metern drei Fussgängerstreifen, zwei davon seien an unübersichtlichen Orten platziert. Am Bahnhof Laufen gebe es zudem einen, der über einer Fussgängerunterführung liege. Darum fordert Halbeisen die Überprüfung sämtlicher Fussgängerstreifen im Kanton. «Die Aufhebung unnötiger Fussgängerstreifen ist dabei ebenso zu prüfen sowie die Neuplatzierung von

bestehenden oder zusätzlichen», so Halbeisen. Er beruft sich auf eine gesamtschweizerische Statistik der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU). Sie zeigt, dass die Anzahl töd-

lich verunglückter Fussgänger im letzten Jahr um rund ein Viertel zugenommen hat.

Diese Zunahme geht aber vollumfänglich auf das Konto von Unfällen ausserhalb der Fussgängerstreifen. Halbeisen schliesst aus der Zunahme der tödlich Verunglückten, Fussgänger würden wegen schlecht platzierter Streifen die Strasse an anderen Orten überqueren.

Der Umkehrschluss, die Übergänge seien wegen der konstant gebliebenen Opferzahl sicher, sei auch möglich. Beide Folgerungen seien jedoch Spekulation, sagt Daniel Menna, Sprecher des BFU. Man müsste die Fälle im Einzelnen untersuchen, um die Ursache der Unfallzunahme zu ergründen. So geht aus der Baselländer Verkehrsunfallstatistik hervor, dass die Hauptursache das Fehlverhalten des Fussgängers sei.

Sicherheit hängt von Standort ab

Als weiterer Grund wird der Zustand des Lenkers oder des Fussgängers angegeben. «Vor allem beim Betreten des Streifens muss man vorsichtig sein. Das Überqueren sollte nicht überraschend erfolgen», sagt Menna. Die Autofahrer müssten die Gelegenheit erhalten, den Vortritt zu gewähren. Auch die Tageszeit spielt eine Rolle: Eine Auswertung der BFU ergab, dass die meisten Unfälle zwischen 7 und 8 Uhr sowie 11 und 12 Uhr passieren. Der Spitzenwert liegt zwischen 17 und 18 Uhr.

Dabei, und darauf zielt das Postulat Halbeisens auch ab, ist die Sicherheit der Fussgänger auch vom Standort des Streifens abhängig. Dieser muss auch verkehrstechnischen Anforderungen genügen. Signalisierung, freie Warteräume auf beiden Strassenseiten und die Art des Strassenübergangs spielen dabei eine Rolle.

Heikle Handzeichen

So sind beispielsweise Fussgängerstreifen mit einer Schutzinsel in der Strassenmitte signifikant sicherer als ohne. «Fussgängerstreifen sollten auch betriebstechnische Kriterien erfüllen. So müssen sie eine gewisse Fussgängerfrequenz haben», sagt Menna. Werde diese nicht erreicht, so sinke die Anhaltquote der Auto- und Motorradfahrer und die Überquerung wird unsicherer.

Die Frequenz der Autofahrer beeinflusst aber auch das Verhalten der Fussgänger. «Passieren weniger als 200 Fahrzeuge pro Stunde die Strasse, laufen die Fussgänger Abkürzungen, und gehen nicht mehr über den Fussgängerstreifen», erklärt Menna.

Die Sicherheit hängt vor allem von den Fussgängern selbst ab. Die Autofahrer tragen dazu bei, indem sie keine Handzeichen geben. «Viele Fussgänger interpretieren das Zeichen fälschlicherweise als Freipass und der Gegenverkehr oder überholende Fahrzeuge werden missachtet», so Menna.

Zehn Kilometer Stau auf der A2

Zwei Unfälle in der Rushhour

Augst. «Das Verkehrsaufkommen auf dem meistbefahrenen Autobahnabschnitt der Schweiz ist so hoch, dass es schlicht keine Störungen verträgt.» So kommentiert der Baselländer Polizeisprecher Meinrad Stöcklin die Folgen zweier Unfälle auf der A2 am Donnerstagmorgen, die «während über einer Stunde für einen rund zehn Kilometer langen Stau» sorgten.

Um 7.20 Uhr, so heisst es im Polizeikommissariat, war es in Fahrtrichtung Bern/Luzern, wenige Meter vor der Verzweigung Augst, gleich zu zwei Kollisionen gekommen. Zuerst fuhr der Lenker eines Personewagens auf einen Sattelschlepper auf; kurze Zeit später kam es, wohl als Folge des sich bildenden Rückstaus, zu einer Kollision zwischen zwei Lastwagen.

Beim ersten Unfall wurde der 49-jährige PW-Lenker verletzt; er musste ins Spital überführt werden. Sein Auto wurde stark beschädigt und musste abgeschleppt werden.

Für die Dauer der Bergungs- und Aufräumarbeiten mussten phasenweise zwei der vier Fahrspuren gesperrt werden, heisst es weiter in der Mitteilung der Polizei. Dies führte zum besagten Rückstau, «dessen Ende phasenweise im Bereich des Kantons Basel-Stadt lag». Kurz vor 8.30 Uhr waren die Unfallstellen geräumt und es standen wieder alle Fahrstreifen zur Verfügung. Danach habe sich die Situation innert einer halben Stunde normalisiert. gs

ANZEIGE

Reichtum der Pharma-Gemeinde hat stark abgenommen

Kaiseraugst erhält weniger Einnahmen aus Aktiensteuern – die Erhöhung des Steuerfusses wird genehmigt

Von Franziska Laur

Kaiseraugst. Diese Worte tun den erfolgsverwöhnten Kaiseraugsterinnen und Kaiseraugstern im Herzen weh: «Wir haben schlicht und einfach keine Ahnung, wo die Aktiensteuern hingehen», sagte Sibylle Lüthi an der Gemeindeversammlung vom Mittwoch. Die Vizepräsidentin hielt damit fest, was die meisten schon geahnt hatten: Die Steuerträge von den Pharmabetrieben Roche und DSM brechen ein, und zwar massiv. Noch vor drei Jahren hatte die Gemeinde elf Millionen Franken Aktiensteuern eingenommen, für 2011 sind erst 1,1 Millionen Franken eingegangen. Das Eigenkapital ist bald aufgebraucht und wichtige Investitionen stehen an.

Dabei hatte die Gemeinde doch immer auf die sprudelnden Geldquellen der Pharmabetriebe setzen können. Sie konnte sich ein schönes Gemeindehaus leisten, viele Verwaltungsangestellte,

eine Tiefgarage mitten im Dorf und vieles mehr. Zwar brachen diese Steuererträge hin und wieder ein – so etwa in den Jahren 2002/03. Doch dafür fand sich stets ein Grund und die Hoffnung auf baldige Besserung. Nun sieht die Situation anders aus – die neue Steuergesetzrevision bringt auch Kaiseraugst Einnahmenunsicherheit.

«Lektion nicht gelernt»

Der Gemeinderat musste sich am Mittwoch an der Gemeindeversammlung von mehreren der 240 Anwesenden denn auch einiges anhören. «Wir müssen künftig mit kleinerem Löffel anrühren», sagte ein Einwohner. Er nannte nur ein Beispiel: In Kaiseraugst würden Verkehrsschikane erstellt, die wieder rückgebaut werden müssten, weil sie nicht funktionierten.

Ein anderer Votant sagte: «Der Gemeinderat hat seine Lektion nicht gelernt.» Noch immer würde er auf die Einnahmen aus den Pharmabetrieben setzen, dabei seien mit der Steuergesetzrevision diese Zeiten vorbei. Dem Gemeinderat sei dies wohl bekannt, und noch immer ziehe er dies bei der Budgetierung zu wenig in Betracht. «Obwohl diese Einnahmenreduktion schon lange bekannt ist, stellen sie zusätzliches Personal ein», sagte er.

Gegenanträge abgelehnt

Sibylle Lüthi verteidigte sich umgehend. Die Auswirkungen der Steuergesetzrevision hätten in dieser Weise nicht vorausgesehen werden können. Die Erhöhung des Steuerfusses von 75 auf 90 Prozent sei in dieser Lage absolut gerechtfertigt – damit habe man immer noch einen weit unter dem Durchschnitt liegenden Steuerfuss. Und man könne so immer noch eine gute Infrastruktur und ein gesundes Dienstleistungs- und Wohlfahrtsnetz anbieten.

Der Gemeinderat musste trotzdem zwei Gegenanträge entgegennehmen. Der eine lautete, den Steuerfuss nur um die Hälfte des gemeinderätlichen Antrags, nämlich auf 82,5 Prozent, zu erhöhen. Der andere wollte erreichen, dass der Steuerfuss auf dem heutigen Niveau belassen wird. Beide Anträge wurden von der Versammlung abgelehnt. Das Budget 2012 mit einem Steuerfuss von 90 Prozent wurde schliesslich mit 167 Ja- zu 47 Nein-Stimmen genehmigt.

Ortsbürger sollen Bolingerhaus übernehmen

Kaiseraugst. Mitten im Dorf steht das historische Bolingerhaus. Das Wohnhaus mit Schopf und Scheune stammt aus dem frühen 19. Jahrhundert. Reste einer Kastellmauer stehen noch in Keller und Garten. Vor zwei Jahrzehnten hat die Einwohnergemeinde das Gebäude erworben, erhielt allerdings vom Kanton die Auflage, die Kastellmauer zu erhalten.

Die Gemeinde will das historische Gebäude nun in den Besitz der Ortsbürger geben. Diese sollen das Haus als Kulturgut erhalten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Gemeinschaft zugänglich machen. Etwas liess allerdings aufforchen. Die Gemeinde veräussert den Ortsbürgern das Gebäude für lediglich 237'200 Franken. Allerdings schätzt sie, dass Renovation und Umbau rund drei Millionen Franken kosten. Ein stattlicher Betrag für den Umbau eines Hauses, selbst wenn man mit der grosszügigen Kelle anrichtet.

Weiter beschloss die Gemeinde unter anderem die Einführung der familienergänzenden Kinderbetreuung, den Neubau des Doppel-Kindergartens im Dorf und einen Kredit von 200'000 Franken für die Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland. #

Mahnwache gegen Sparpaket

Ballmer geht weiter. Baselländer Lehrer versammelten sich gestern mit Kerzen und Teelichtern vor dem Regierungsgebäude, um gegen das Sparpaket und die vorgesehenen Kürzungen im Bildungsbereich zu protestieren. Finanzdirektor Adrian Ballmer vermochte dies nicht zu beeindrucken: Wortlos ging er an den Demonstranten vorbei. WAP Roland Schmid



Opposition ist für Baader eine Option

Regionale Politgrössen diskutierten in Liestal über die Bundesratswahlen

Von Rolf Zenklusen

Liestal. Wird am 14. Dezember bei den Bundesratswahlen die Konkordanz gebrochen, zieht SVP-Fraktionschef Caspar Baader in Betracht, sich mit «seiner» Partei in die Opposition zu verabschieden. «Sollte Eveline Widmer-Schlumpf wiedergewählt werden, ist alles möglich – auch ein Austritt aus der Regierung», sagte Baader an einer Podiumsdiskussion in Liestal. Der Gelterkinder Nationalrat erklärte, die SVP sei die wählerstärkste Partei und habe Anrecht auf zwei Sitze. Die FDP und die SP dürften ebenfalls zwei Sitze, die CVP ein Mandat haben. Das verstehe er unter echter Konkordanz.

Auf diese Weise wären 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler in der Landesregierung vertreten. «Eine Fünf-Prozent-Partei wie die BDP hat aber in einer Konkordanz nichts verloren», begründete Baader, wieso die SVP den Sitz von Widmer-Schlumpf (BDP) angreift. Das Argument, Widmer-Schlumpf sei beliebt und schneide bei Umfragen sehr gut ab, lässt Baader nicht gelten: «Wenn sich das Volk wirklich eine Bundesrätin Widmer-Schlumpf wünschen würde, hätte die BDP mehr Stimmen erhalten.»

Nationalräte weichen aus

«Ob die SVP den zweiten Sitz wirklich will, wird sich zeigen, wenn sie uns ihre offiziellen Kandidaten präsentiert», sagte CVP-Nationalrat Pirmin Bischof, der sich mit Kurt Fluri (FDP) noch im Wahlkampf um den zweiten Solothurner Ständeratssitz befindet. Es brauche ein gutes Stück zahlenmässige Konkordanz; aber auch das gemeinsame Herz einer Regierung sei wichtig. «Seit wir vier Frauen in der Regierung haben, ar-

beitet sie besser zusammen.» Die SVP habe natürlich jederzeit das Recht, aus dem Bundesrat auszutreten.

Dagegen hätte die Baselländer SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer nichts einzuwenden. «Das harte Brot der Opposition würde Ihnen gut tun», rief sie Baader zu. Wen sie selbst in den Bundesrat wählt, wollte sie – wie alle anderen auch – nicht genau sagen: Das rechte Lager aus FDP und SVP habe 104 von total 246 Sitzen im National- und Ständerat und sei somit mit drei Mandaten genau richtig vertreten, sagte Leutenegger lediglich.

Die FDP gehöre nicht zum rechten Lager, widersprach Stefan Brupbacher, Generalsekretär der FDP Schweiz. «Seit Jahren positionieren wir uns Mitte-Rechts.» Brupbacher betonte die Wichtigkeit der Konkordanz. Im Hinblick auf die absehbaren wirtschaftlichen Probleme sei eine stabile Regierung für die Schweiz sehr wichtig.

Widmer-Schlumpf müsse Bundesrätin bleiben, bis sie zurücktrete, ergänzte Bernhard Guhl, neu gewählter BDP-Nationalrat aus dem Kanton Aargau. «Hätte die BDP keine amtierende Bundesrätin, würden wir sicher keinen Sitz in der Regierung fordern.»